

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
(19. Ausschuss)**

- 1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
– Drucksache 14/3244 –**

**Berufsbildungsbericht 2000**

- 2. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Willi Brase,  
Klaus Barthel (Starnberg), Hans-Werner Bertl, weiterer Abgeordneter  
und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ekin Deligöz,  
Matthias Berninger, Irmingard Schewe-Gerigk, weiterer Abgeordneter  
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 14/3331 –**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
– Drucksache 14/3244 –**

**Berufsbildungsbericht 2000**

### **A. Problem**

1. Die Bundesregierung legt ihren jährlichen Bericht zur Lage der beruflichen Ausbildung und zu den von ihr vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungs- und Weiterbildungssituation vor.
2. Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert, die Wirtschaft durch geeignete Maßnahmen zu veranlassen, zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze anzubieten.

### **B. Lösung**

1. Der Berufsbildungsbericht 2000 – Drucksache 14/3244 – wird zur Kenntnis genommen.

**Einstimmigkeit**

2. Der Entschließungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/3331 – wird angenommen.

**Mehrheit im Ausschuss**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Keine

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/3244 – zur Kenntnis zu nehmen;
2. den Entschließungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/3331 – anzunehmen.

Berlin, den 27. September 2000

### Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

**Ulrike Flach**  
Vorsitzende

**Willi Brase**  
Berichterstatter

**Dr.-Ing. Rainer Jork**  
Berichterstatter

**Antje Hermenau**  
Berichterstatte~~r~~in

**Cornelia Pieper**  
Berichterstatte~~r~~in

**Maritta Böttcher**  
Berichterstatte~~r~~in

## Bericht der Abgeordneten Willi Brase, Dr.-Ing. Rainer Jork, Antje Hermenau, Cornelia Pieper und Maritta Böttcher

### I. Überweisung

Der 14. Deutsche Bundestag hat in seiner 103. Sitzung am 12. Mai 2000 die Unterrichtung durch die Bundesregierung „Berufsbildungsbericht 2000“ – Drucksache 14/3244 – und den Entschließungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/3331 – an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, den Ausschuss für Tourismus und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

1. Die Unterrichtung durch die Bundesregierung beschreibt die Situation der beruflichen Ausbildung und Weiterbildung im Jahre 1999 und zum Beginn des Jahres 2000. Aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages ist die Bundesregierung gehalten, jährlich einen solchen Bericht vorzulegen. Das Zahlenwerk wird im Bericht analysiert und bewertet, Fördermaßnahmen des Staates zur beruflichen Aus- und Weiterbildung werden beschrieben und eine Vorausschätzung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im Jahre 2000 gegeben.
2. Die Bemühungen und die Erfolge der rot-grünen Bundesregierung, der Arbeitsämter und der Ausbildungskonferenzen haben zu einem Anstieg des Angebots an Ausbildungsplätzen und zum Rückgang der Zahl der nicht-vermittelten Auszubildenden geführt. Das duale System der Berufsausbildung scheint dennoch gefährdet zu sein, weil diese Erfolge zum größten Teil auf die Anstrengungen der öffentlichen Hand zurückzuführen sind. Das duale System der Berufsausbildung beruht aber wesentlich auf der betrieblichen Ausbildung. Ein ausreichendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen ist noch nicht erreicht. Die Bundesregierung wird aufgefordert, durch verschiedene Maßnahmen die Schaffung zusätzlicher und neuer betrieblicher Ausbildungsplätze zu fördern.

### III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

1. Zur Unterrichtung durch die Bundesregierung „Berufsbildungsbericht 2000“ – Drucksache 14/3244 – haben die mitberatenden Ausschüsse einvernehmlich Kenntnisnahme vorgeschlagen.
2. Zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum „Berufsbildungsbericht 2000“ – Drucksache 14/3331 – haben die Ausschüsse für Wirtschaft und Technologie, Arbeit und Sozialordnung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Angelegenheiten der neuen Länder und Tourismus mit der Mehrheit der Stimmen der antragstellenden Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und

F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS Annahme empfohlen.

Der Haushaltsausschuss hat in seiner Sitzung am 28. Juni 2000 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. ebenfalls die Annahme des Entschließungsantrags empfohlen.

### IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss hat die o. g. Vorlagen zusammen mit einem Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Lehrstellenmangel Ost mit wirksamen Regelungen angehen“ – Drucksache 14/3185 –, der zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder überwiesen wurde, in seiner Sitzung am 27. September 2000 beraten.

Von allen Fraktionen im Ausschuss wird eine Erhöhung der Anzahl der beruflichen Ausbildungsplätze in Deutschland gefordert.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird die positive Entwicklung des Angebots an Ausbildungsplätzen in den alten und neuen Bundesländern seit Herbst vergangenen Jahres hervorgehoben. Verschiedene Maßnahmen der Bundesregierung, insbesondere das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (Jump-Programm), hätten dazu beigetragen. Die Partner im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit hätten dem Vorschlag der Bundesregierung zugestimmt, dass im Jahre 2001 50 % der Mittel des Sofortprogramms in den neuen Ländern eingesetzt werden. Weiterhin sei mit den Regierungen in den neuen Bundesländern ein Ausbildungsprogramm Ost 2000 auf den Weg gebracht worden, mit dem zusätzlich 17 000 Ausbildungsplätze geschaffen werden sollen. Die staatlichen Förderprogramme für berufliche Ausbildungsplätze sollten aber schrittweise zurückgefahren werden, um der Wirtschaft zu signalisieren, dass diese ihrer Verantwortung in Zukunft stärker nachkommen müsse. Vor allem die „Pro-Kopf-Prämienförderung“ von Ausbildungsplätzen sollte reduziert werden. Darin sei sich die Bundesregierung mit Wirtschaft und Gewerkschaften einig. Im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit hätte sich eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten in der Frage der Verbesserung der Ausbildungssituation herausgebildet.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird betont, dass auch die Schaffung neuer und die strukturelle Erneuerung alter Ausbildungsberufe durch die rot-grüne Bundesregierung zur insgesamt positiven Entwicklung der letzten Monate beigetragen habe. Die Situation der beruflichen Bildung in den neuen Ländern sei aber nach wie vor sehr unbefriedigend. Der staatliche Anteil am Ausbildungsmarkt müsse zurückgefahren und der privatwirtschaftliche Anteil wesentlich erhöht werden. Die Abwanderung von Ausbildern und

Auszubildenden nach Westdeutschland müsse durch geeignete Maßnahmen gestoppt werden. Das erfolgreiche Konzept der regionalen Ausbildungsplatzkonferenzen solle auf alle Regionen und Bundesländer ausgeweitet werden. Die derzeitige Programmvietel der Aktivitäten von Bund und Ländern sollte besser miteinander verzahnt werden. Die Kritik der Oppositionsfaktionen, dass die Bundesregierung eine mittelstandsfeindliche Steuerpolitik betreibe, die auch für negative Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt verantwortlich sei, wird zurückgewiesen.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird bemerkt, dass die Jugend heute wieder hoffnungsfroh in die Zukunft blickt. Die rot-grüne Bundesregierung habe durch ihr Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und ihre Bemühungen im Bündnis für Arbeit wesentlich dazu beigetragen. Allerdings gäbe es in Ostdeutschland noch einen großen Nachholbedarf, der weitere Fördermaßnahmen verlange. Die Wirtschaft wird aufgefordert, weitere betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Der Staat dürfe nicht der Ausfallbürge dafür werden, dass die Wirtschaft ihren Verpflichtungen zur beruflichen Ausbildung nicht nachkomme. Es wird begrüßt, dass die Oppositionsfaktionen Erfolge der Bundesregierung bei der Verbesserung der Lehrstellensituation und bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einräumen. Einigen Maßnahmenvorschlägen im Antrag der Fraktion der CDU/CSU könnte auch zugestimmt werden.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird erklärt, dass betriebliche Ausbildungsplätze vor allem durch eine Förderung der mittelständischen Wirtschaft entstehen würden. Das Jump-Programm habe an einigen Stellen vordergründig geholfen, aber die Nachhaltigkeit und der Effekt dieses Programms müssen wesentlich verbessert werden. Ein wichtiges Ziel, nämlich die Integration der Jugendlichen in den ersten Arbeitsmarkt, sei bisher verfehlt worden. Das Sofortprogramm der Bundesregierung habe das Defizit an Ausbildungsplätzen in den neuen Bundesländern nicht beseitigen können. Schwerpunkt aller staatlichen Maßnahmen sollte die Förderung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern sein. Dann entstünden dort auch mehr Ausbildungsplätze durch die Wirtschaft. Der geplanten Rückführung staatlicher Fördermaßnahmen bei der betrieblichen Ausbildung werde grundsätzlich zugestimmt. Dabei müssten aber regionale Belange Berücksichtigung finden. Im Antrag der Koalitionsfraktionen gäbe es einen Großteil an Übereinstimmung mit dem älteren Antrag der CDU/CSU-Fraktion. Der Ausschuss sollte beiden Anträgen zustimmen.

Von Seiten der **Fraktion der F.D.P.** wird eine Mittelstands politik der Bundesregierung gefordert, die es vor allem den kleinen Handwerksbetrieben, Freiberuflern und mittelständischen Unternehmen ermöglicht, Ausbildungsplätze zu schaffen. Ein Schwerpunkt staatlicher Maßnahmen sollte die Entwicklung moderner Berufsbilder sein. Das duale Berufsbildungssystem müsste flexiblere und differenziertere Ausbildungen ermöglichen. Die Schaffung von Ausbildungsplätzen sei aber nicht nur ein bildungspolitisches sondern auch ein wirtschafts-, steuer- und schulpolitisches Problem. Der Entwicklung einer Kultur der Selbständigkeit sollte bereits in den Schulen stärkere Beachtung geschenkt werden. Aus- und Weiterbildung sollten stärker miteinander verzahnt werden. Die Bemühungen der Bundesregierung zur Schaffung neuer Berufsbilder – und dies nicht nur im IT-Bereich – werde begrüßt. Die Fraktion der F.D.P. wirbt um einen Konsens bei den weiteren Bemühungen zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in Deutschland.

Von Seiten der **Fraktion der PDS** wird erklärt, dass sich die staatliche Förderpolitik in eine Förderfalle begeben habe. Für zahlreiche Firmen sei die Förderung der beruflichen Ausbildungsplätze nicht nur eine Chance, einen Mitnahmeeffekt zu erzielen, sondern auch bereits eine finanzielle Einnahmequelle geworden. Die Verstaatlichung der Berufsausbildung schreite weiter voran. Durch das Jump-Programm würden weder Arbeits- noch reguläre Ausbildungsplätze in einem nennenswerten Umfang geschaffen. Auszubildende würden als billige Arbeitskräfte missbraucht. Es fehle ein ordnungspolitischer Rahmen für die berufliche Ausbildung. Die Fraktion der PDS fordert deshalb die Einführung einer solidarischen Umlagefinanzierung zur Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl betrieblicher Ausbildungsplätze.

Der Ausschuss hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/3244 – einvernehmlich zur Kenntnis genommen. Dem Entschließungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/3331 – hat der Ausschuss mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Enthaltung der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und PDS zugestimmt.

Nachrichtlich wird mitgeteilt, dass der Ausschuss den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/3185 –, der ihm zur Mitberatung überwiesen wurde, mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt hat.

Berlin, den 27. September 2000

#### Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

**Willi Brase**  
Berichterstatler

**Dr.-Ing. Rainer Jork**  
Berichterstatler

**Antje Hermenau**  
Berichterstatlerin

**Cornelia Pieper**  
Berichterstatlerin

**Maritta Böttcher**  
Berichterstatlerin





